



rotinfo sonneberg

Grundorganisation Sonneberg
Ausgabe 8 (März 2020)

2. Kalenderblatt – Monat März (2)

Geschichte wiederholt sich nicht, aber aus ihr lernen, dass sollten wir schon!

Im ersten Teil zitierten wir die Rede Wladimir Putins zum Holocaust-Gedenktag in Jerusalem am 23. Januar 2020.

Er sagte unter anderem: Das Denkmal hier in Jerusalem, die Opfer der Belagerung von Leningrad, von Babi Jar, des verbrannten Chatyn mahnen uns, daß wir wachsam sein müssen und schon die ersten Keime des Hasses, des Chauvinismus, des Antisemitismus entschieden bekämpfen müssen, wenn sie sich als Völkerhaß, als Fremdenfeindlichkeit oder in anderen Erscheinungsformen zeigen. Das Vergessen der Vergangenheit, das Verschließen der Augen vor diesen Bedrohungen kann schreckliche Folgen haben. Wir müssen den Mut haben, das nicht nur direkt zu sagen, sondern auch alles zu tun, um die Welt davor zu schützen und zu verteidigen.

Heute erinnern wir in diesem Zusammenhang an die sowjetische Außenpolitik in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Teil 2

Der Kampf um Frieden und Sicherheit

Die sowjetische Außenpolitik in den dreißiger Jahren

Der Kampf um den Frieden begann unmittelbar nach der Oktoberrevolution. Das Erste, was der Zweite Allrussische Sowjetkongress, die höchste staatliche Institution im neuen Russland, unmittelbar nach der Revolution am 25. Oktober 1917 beschloss, und zwar noch am Abend des gleichen Tages, war das Dekret für den Frieden. Allen kriegführenden Regierungen wurde ein gerechter und demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen, ein sofortiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen angeboten. (vgl. Große Sowjet-Enzyklopädie, Bd. 1. S. 664.)

Der Waffenstillstand sollte auf drei Monate zur Führung von Friedensverhandlungen abgeschlossen werden.

Die Reaktion des Auslands: Russlands Verbündete, England, Frankreich und die USA, verurteilten das Dekret und verlangten von der neuen Sowjetregierung, den Krieg unbedingt an ihrer Seite weiterzuführen. Die Reaktion der neuen Sowjetregierung: Sie sah sich gezwungen, mit dem kaiserlichen Deutschland, dem Hauptkriegsgegner, in der weißrussischen Grenzstadt Brest-Litowsk einen separaten Frieden zu schließen. Dieser Frieden war kein echter Frieden im Sinne des Friedensdekrets, sondern ein Raubfrieden, wie Lenin ihn nannte. Dieser Raubfrieden zwang sie, Deutschland die Ukraine, Gebiete Weißrusslands, die baltischen Staaten und andere Gebiete des ehemaligen russischen Reiches zu überlassen, aber er gewährte zumindest eine Atempause, um die neue sozialistische Ordnung zu festigen.

UdSSR für kollektive Abwehr einer Aggression

Die Regierung der Sowjetunion schätzte die gewachsene Kriegsgefahr richtig ein. In einer Note vom **18. März 1939** an die deutsche Regierung bezeichnete sie die Ausweitung der Aggressionspolitik als Gefahr für den Weltfrieden. Den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs schlug sie gleichzeitig erneut vor, für den Fall eines Angriffs einen Vertrag über gegenseitige Hilfeleistung abzuschließen. Er sollte mit Garantieerklärungen der drei Mächte für die von Deutschland bedrohten kleineren Länder verbunden sein. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei und die Angriffsvorbereitungen gegen Polen verletzten auch die Interessen Frankreichs und Großbritanniens, weil sich der faschistische deutsche Imperialismus damit zur vorherrschenden Macht in Europa aufschwang. Die Möglichkeiten für ein Zusammengehen der sozialistischen Sowjetunion und der imperialistischen Westmächte zur Abwehr des Aggressors waren damit größer geworden. Unter dem Druck ihrer Völker nahmen die Regierungen der Westmächte den sowjetischen Vorschlag zu Verhandlungen an. Sie betrieben jedoch eine doppelzüngige Politik und zogen die Verhandlungen mit immer neuen Vorwänden in die Länge. Inzwischen hofften sie, sich insgeheim mit Hitlerdeutschland einigen zu können, und waren dafür bereit, die Faschisten im Osten Europas gewähren zu lassen.

Die Zweifrontenbedrohung der Sowjetunion

Die Regierung der UdSSR ließ gegenüber der imperialistischen Taktik nichts unversucht, um den Frieden doch noch zu erhalten. Als Hitlerdeutschlands Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren liefen, schlug sie Anfang August 1939 den Regierungen von Großbritannien und Frankreich konkrete militärische Abmachungen zur Verhinderung des unmittelbar drohenden faschistischen Angriffs vor. Doch die verantwortlichen Regierungsmitglieder dieser Länder waren weiterhin nicht zu einem bindenden Vertrag bereit. Sie wollten bei einer deutschen Aggression gegen Polen keine größeren militärischen Kontingente auf dem Festland einsetzen und beriefen sich darauf, dass die polnische Regierung bei einem Überfall die Truppen der Sowjetunion nicht durch ihr Land marschieren lassen wollte. Damit war jede militärische Hilfe seitens der Sowjetunion von vornherein ausgeschlossen. Die verantwortlichen Politiker in London und Paris hofften, dass sich ein deutsch-polnischer Konflikt zu einem Krieg zwischen dem faschistischen Deutschland und der UdSSR ausweiten würde. Diese Spekulation drückte ihrer Verhandlungsführung den Stempel auf und führte die Verhandlungen in die Sackgasse. Die UdSSR musste nun vordringlich an ihre eigene Sicherheit denken.

(Vergl. Geschichte, Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1989)

Prinzipien sowjetischer Außenpolitik

Auf dem 18. Parteitag der KPdSU (B), Anfang März 1939 erläuterte Stalin, Generalsekretär der KPdSU, den Delegierten die Prinzipien der sowjetischen Außenpolitik.

- „1. Wir sind für den Frieden und für die Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern,...
2. Wir sind für friedliche, freundschaftliche und gutnachbarliche Beziehungen mit allen Nachbarländern, die mit der Sowjetunion eine gemeinsame Grenze haben,...
3. Wir sind für die Unterstützung der Völker, die Opfer einer Aggression geworden sind und für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpfen.
4. Wir fürchten keine Drohungen der Aggressoren und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegsbrandstifter, die versuchen sollten, die Unabhängigkeit der Sowjetunion zu verletzen, mit einem doppelten Schlag zu antworten. Das ist die Außenpolitik der Sowjetunion.“ (Stalin-Werke, Bd. 14, S.192)

Welches war das Fundament dieser neuen Außenpolitik? Dazu Stalin:

„In ihrer Außenpolitik stützt sich die Sowjetunion ...

1. auf ihre wachsende wirtschaftliche, politische und kulturelle Macht;
2. auf die moralische und politische Einheit unserer Sowjetgesellschaft;
3. auf die Freundschaft der Völker unseres Landes;
4. auf die Rote Armee und die rote Kriegsmarine;
5. auf ihre Friedenspolitik;
6. auf die moralische Unterstützung der Werktätigen aller Länder, deren ureigenstes Interesse die Erhaltung des Friedens ist;
7. auf die Einsicht der Länder, die aus diesen oder jenen Gründen an einer Verletzung des Friedens nicht interessiert sind.“ (ebd.)

Daraus leitete er die Hauptaufgabe der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik ab, eine Politik des Friedens zu betreiben.

Leserbrief zu Ausgabe 4 (Klimadebatte)

Aber bitte den Klassenstandpunkt, den Widerspruch von Kapital und Arbeit, und der Frage nachgehen, wer uns vom Klassenkampf abhält und wo ab, bei jedem Thema erarbeiten!! Nicht nur einfach die Texte übernehmen. Das machen auch welche, die keine Marxisten sind.

Warum ist in den Medien des Klassegegners die eine oder andere Art der Diskussion zum Klima und zur Umwelt in großer Breite im Gange? Das erfüllt den Zweck und dient wem?

Profitwirtschaft / Krisenzustand / Aggressivität / Imperialismus / STAMOKAP usw.

Wie hat Lenin, wie hat Marx, wie hat Engels gearbeitet? (Wie haben sie analysiert)

RF

Gerald

Weitere Informationen finden
sich auf den Webseiten der
Wochenzeitung „unsere Zeit“

<http://www.unsere-zeit.de/>

Rotinfo Sonneberg. Hrsg: DKP Grundorganisation Sonneberg, (V.i.S.d.P).
Redaktion: Reiner Kotulla. Erscheint unregelmäßig. Leserbriefe, Anfragen,
Artikelvorschläge (bis 3000 Zeichen mit Leerzeichen) an: E-Mail:
reiner.kotulla@t-online.de
Der weitere Empfang unseres „Rotinfo Sonneberg“ kann jederzeit per E-Mail
abbestellt werden.